

Dr. Reinhard Loske

- (A) Ich persönlich glaube, eine Gesellschaft, deren Funktionen nur auf einem Immer-mehr basiert, kann auf Dauer nicht klimaverträglich sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Wenn es gut bzw. normal läuft, dann werde ich ab nächste Woche Freitag in einer anderen Tätigkeit sein und mein Bundestagsmandat im Sommer abgeben. Ich hatte hier fast neun sehr gute Jahre und habe mich in diesem wunderbaren Gebäude sehr wohl gefühlt. Man hat sich mit den Kollegen gestritten, aber das gehört ja dazu.

Ganz herzlichen Dank an alle für die gute Zusammenarbeit. Es hat mir Spaß gemacht. Wir werden uns sicherlich auf die eine oder andere Weise wieder begegnen; darauf freue ich mich.

Schönen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Loske, im Unterschied zu Ihrer Eingangsbemerkung vermute ich, dass das nicht Ihre letzte Rede vor dem Deutschen Bundestag war.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Abgeordneter!)

- (B) Es war möglicherweise Ihre letzte Rede als Mitglied des Deutschen Bundestages. Für den Fall, dass es so kommt, wie Sie erhoffen und viele vermuten, stelle ich Ihnen schon jetzt meine persönlichen Glückwünsche und die des Hauses für das neue Amt in Aussicht. Für die bislang hier im Hause geleistete Arbeit möchte ich Ihnen ganz herzlich danken; dies tue ich sicherlich auch im Namen aller Mitglieder dieses Hauses. Alles Gute für die weitere Arbeit.

(Beifall)

Nächster Redner ist der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Reinhard, auch ich persönlich wünsche dir viel Erfolg und Freude im neuen Amt. Ich werde dich hier in den Debatten vermissen. Wir haben viele Dinge gemeinsam gemacht, aber auch unterschiedliche Positionen vertreten. Zu der unterschiedlichen Position gehört – ich muss ja zum Thema finden –, dass ich glaube, dass der heute vorliegende Gesetzentwurf zum Emissionshandel gut für den Klimaschutz in Deutschland und gut für den Klimaschutz in Europa ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Viele andere Mitgliedstaaten schauen im Augenblick darauf, ob Deutschland wirklich die **Emissionsberechtigungen** auktionieren, ob Deutschland wirklich die

Stromkonzerne härter rannehmen wird. Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass weitere Staaten in den nächsten Tagen ebenfalls zur Auktion übergehen werden und damit ein klares Signal dafür setzen, dass ab 2013 die Emissionsrechte vollständig versteigert werden. (C)

Mit dem Zuteilungsgesetz für die Zeit bis 2012 wird der Emissionshandel endlich zu einem wirksamen Instrument für den Klimaschutz. Darin sind wir uns einig. Ich erinnere mich, dass das ein bisschen anders bei der Debatte über die erste Emissionshandelsperiode war. Die damalige Opposition, bestehend aus unserem heutigen Koalitionspartner und der FDP, hat da gesagt: Das, was ihr dort hineinschreibt, ist viel zu ambitioniert. Ihr dürft den deutschen Unternehmen nicht so viele Zertifikate wegnehmen. Heute zu sagen, wir täten zu wenig, ohne daran zu erinnern, dass man früher einmal etwas völlig anderes gesagt hat, ist nicht ganz ehrlich. Herr Kauch, ich weiß, dass Sie persönlich anderer Meinung sind; aber Ihre Partei wechselt an dieser Stelle die Meinung wie das Chamäleon die Farbe.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU] – Widerspruch bei der FDP – Jörg van Essen [FDP]: Das soll doch nur über die Uneinheitlichkeit hinwegtäuschen!)

Wir werden in der neuen Emissionshandelsperiode 50 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Alte Kohlekraftwerke müssen bereits 50 Prozent und mehr der benötigten Emissionsberechtigungen kaufen. Das wird technologische Verbesserungen und damit mehr Klimaschutz auslösen. (D)

In der Tat hat die Europäische Kommission noch einmal Verbesserungen bei unserem Emissionshandelsplan gefordert. Aber als Hinweis an die Grünen – auch das muss in der Erinnerung bleiben und der Wahrheit halber gesagt werden –: Einer der Punkte, die herausgestrichen wurden, war die **Übertragungsregelung**. Diese Übertragungsregelung war grüne Politik pur. Jürgen Trittin hat sie vor den Verhandlungen mit der SPD vorgeschlagen. Die Kommission hat sie als klimaschutzwidrig und rechtswidrig abgelehnt. Das hätte an dieser Stelle erwähnt werden müssen.

Es gibt viel weniger Sonderregelungen als in der ersten Emissionshandelsperiode. Damit wird das Instrument schärfer; alle müssen ihren Beitrag leisten.

Was mich amüsiert: Am Montag wird die Auktionierung perfekt gemacht, und schon heute kann man auf Basis der öffentlichen Vorschläge eine vierfache Überzeichnung der daraus zu erwartenden Einnahmen feststellen. Meiner Meinung nach müssen die Mittel ganz eindeutig für Klimaschutz und Effizienzmaßnahmen in Deutschland ausgegeben werden; denn nur so können wir die **Energiepreise** in den Griff bekommen und damit für weniger Belastungen bei den Bürgern sorgen. Wir können sie nicht vor steigenden Weltmarktpreisen schützen. Wir können sie auch nur zum Teil vor monopolartigen Steigerungen schützen. Aber wir können dafür sorgen, dass sie durch einen geringeren Verbrauch eine niedrigere Rechnung haben. Dazu können wir mit den

Ulrich Kelber

- (A) Mitteln, die wir aus dieser Auktionierung gewinnen, etwas beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen auch Mittel für Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die zur Anpassung an den bereits begonnenen **Klimawandel** beitragen. Das erste Anzeichen des Klimawandels ist der Rückgang der Gletscher, der sich auf das Trinkwasser auswirkt. Uns steht eine große Katastrophe bevor, wenn die Gletscher im Himalaya abschmelzen, denn dann werden 40 Prozent der asiatischen Bevölkerung – es handelt sich um Milliarden Menschen – von Trinkwassermangel bedroht sein. Aktuell sind die Gletscher am Mount Kenia schon praktisch verschwunden und die Flüsse ausgetrocknet. Die Katastrophe für die dortige Bevölkerung ist bereits eingetreten. Wir sind verpflichtet, vor Ort zu helfen und Zugang zu sauberen Technologien zu ermöglichen. Auch das können wir mit den jetzt erwarteten Mitteln ein Stück weit leisten. Es ist unsere Verpflichtung als Industrieländer, die diesen Klimawandel ausgelöst haben, den Menschen zu helfen, die bereits heute davon betroffen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle auch eine klare Warnung an die Stromkonzerne aussprechen: Der Emissionshandel ist kein Grund, die **Strompreise** weiter zu erhöhen. Die von der Gemeinschaft in der Vergangenheit erhaltenen kostenlosen Zertifikate – also das, was die Gemeinschaft den Stromkonzernen geschenkt hat, um es einmal auf gut Deutsch zu sagen – sind von den Konzernen bereits in die Bilanzen eingerechnet und auf die Strompreise aufgeschlagen worden. Dieses Geld wandert seit drei Jahren aus den Taschen der Stromkunden direkt in die Taschen der Stromkonzerne, die sich damit auf ihren Bilanzpressekonferenzen brüsten. Wenn man den Kauf der gleichen Zertifikate nun als Vorwand nimmt, die Strompreise noch einmal zu erhöhen, dann wäre damit der Missbrauch von Marktmacht endgültig bewiesen. In dem Fall hoffe ich auf eine klare Antwort der Politik. Wir haben alle Möglichkeiten, von der Anwendung des Kartellrechts bis hin zur Zerschlagung von Konzernen. Es muss eine klare Antwort geben, wenn dieser Missbrauch stattfindet und versucht wird, die eigenen Taschen zu füllen und der Politik den Schwarzen Peter zuzuschieben. Dieses Spiel ist erkannt, meine Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Emissionshandel ist ein wichtiges Instrument für den Klimaschutz, aber nicht das einzige. Wir werden mehr Instrumente benötigen, um die ehrgeizigen Ziele, die wir uns gemeinsam vorgenommen haben und die auf dem EU-Gipfel abgestimmt worden sind, zu erreichen. Die Treibhausgase sollen bis 2020 in Deutschland um 40 Prozent reduziert werden, in Europa um 30 Prozent. Das sind allein in Deutschland 270 Millionen Tonnen CO₂ weniger pro Jahr. Ich freue mich, dass jetzt in der Großen Koalition – das war bei meiner letzten Rede noch nicht der Fall – die Verhandlungen über zwei weitere **Klimaschutzinstrumente**, das Erneuerbare-Ener-

gien-Wärme-Gesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, begonnen haben, wir über die Ausbauziele bereits Einigung erreicht haben und uns jetzt über die Details der Umsetzung unterhalten. (C)

Man muss dazu aber auch sagen: Der Entwurf von Bundesminister Glos zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung ist mit Blick auf das Ausbauziel unzureichend. Bis zum Energiegipfel Anfang Juli muss ein neuer Vorschlag des Ministers auf dem Tisch liegen, weil im Sommer Entscheidungen über Investitionen getroffen werden. Die Unternehmen müssen wissen, wie die Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland aussehen. Der Unterschied zwischen dem Vorschlag des einen Koalitionspartners und dem des Ministers darf nicht so groß sein, dass in Bezug auf diese Rahmenbedingungen keine Sicherheit vorhanden ist. Wir brauchen einen Vorschlag des Ministers, der zumindest nahe bei dem liegt, was die Koalitionsfraktionen im Augenblick verhandeln. Sie sind an dieser Stelle im Ergebnis schon bei ganz anderen Zielen angekommen. Meine dringende Bitte an Michael Glos ist, sich den Entscheidungen der Großen Koalition zum Klimaschutz anzupassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Sigmar Gabriel hat ein Programm zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent vorgestellt. Alle Ressorts der Bundesregierung und der Deutsche Bundestag sind aufgerufen, dieses Programm bis Ende 2007 umzusetzen. Klimaschutz ist ein Wettlauf mit der Zeit. Wir müssen diesen Wettlauf gewinnen. Wir haben alle Technologien und sehr viel Wissen, um diesen Wettlauf zu gewinnen. Heute beschließen wir ein wichtiges Instrument für diesen Wettlauf. Ich hoffe auf eine klare Mehrheit. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gudrun Kopp ist die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gudrun Kopp (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Seit Mitte der 90er-Jahre ist das Instrument des Emissionshandels Bestandteil der Programmatik der Bundestagsfraktion und der Partei der FDP, lieber Herr Kollege Kelber. Man muss einfach sagen: Wir mussten Herrn Trittin, den früheren Umweltminister, an dieser Stelle quasi zum Jagen tragen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind überzeugt, dass der Emissionshandel auf längere Sicht das einzige effiziente Klimaschutzinstrument sein wird, wenn man alle Sektoren in den Blick nimmt. Wenn sich die Zahl der internationalen Teilnehmer eines Tages hoffentlich erweitern wird, zum Beispiel um China, Indien und die USA, dann könnte es zu einer großen Erfolgsgeschichte werden. Das Zuteilungsgesetz,